Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 120. | Dresden, Dienstag den 26. Mai 1908. | 19. Jahrg.

Ein Menschenalter Geschichtsfälschung.

Gerade vor einem Menschenalter in diesen Frühlingstagen knallten am 11. Mai und am 2. Juni 1878 die Attentatsschüsse auf Wilhelm I., die für die Sozialdemokratie zwölf Jahre Ausnahmegesetz bedeuteten. Damit wird auch die Geschichtslüge, daß mittelbar oder unmittelbar die Sozialdemokratie mit diesen Schüssen etwas zu tun gehabt habe, ihre dreißig Jahre alt; denn so oft sie schon zerfetzt und auf ihr Nichts zurückgeführt worden ist, sie lebt immer von neuem wieder auf, haben doch solche Geschichtslügen um so längere Beine, je nützlicher sie den Zwecken der herrschenden Klasse sind. Und um für seine politischen Zwecke die rechte Stimmung zu bereiten — es handelte sich nicht nur um die Knebelung der Arbeiterklasse, sondern auch um Durchführung der neuen reaktionären Wirtschaftspolitik —, hatte Bismarck die plumpe Fälschung in die Welt gesetzt, Treitschke einen fanatischen Marsch dazu geblasen, und die der Regierung durch Handsalben aus dem Reptilienfonds verpflichteten Schmocks hatten sie bis in die fernsten Winkel getragen. Wenn man heute derselben Lüge etwa in Blättern vom Schlage der Leipziger Neuesten Nachrichten oder der Post begegnet, mag man verächtlich lächelnd über sie hinwegsehen, denn in der politischen Atmosphäre der Liman und Kronsbein gehört das freche Lügen nun einmal zum Handwerk. Wenn aber ein geschichtliches Werk, dessen Verfasser auf Wissenschaftlichkeit anscheinend einigen Anspruch macht und der deshalb verpflichtet wäre, alle ihm offenstehenden Quellen zu benutzen, heute mit derselben Lüge krebsen geht, verdient das immerhin angenagelt zu werden.

Herr Dr. Gottlob Egelhaaf hat in diesen Tagen eine Geschichte der neuesten Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart erscheinen lassen, die u. a. vom Dresdner Anzeiger eine günstige Empfehlung mit auf den Weg bekommen hat. Die literarischen Qualitäten des Werkes aber, das nicht viel mehr ist als eine Zusammenstellung von Zeitungsausschnitten, interessieren uns hier nicht, sondern nur die Gewissenhaftigkeit, mit der Dr. Gottlob Egelhaaf die Attentate behandelt. Und wenn er keine Tugend besäße, gewissenhaft mußte er sein, denn er nennt sich Oberstudienrat, ist also eine Art höherer Schulmeister. Er schreibt nun auf Seite 46 und 47 seines Buches:

Um diese Zeit war die sozialistische Verhetzung der Massen so weit gediehen, daß betörte und fanatisierte Menschen die Mordwaffe gegen den ehrwürdigen, wohlwollenden und pflichtgetreuen Kaiser Wilhelm I. erhoben, wie wenn er der Vertreter des kapitalistischen, die Arbeiter knechtenden Systems wäre und durch seinen Tod doch ein warnendes Beispiel aufgestellt werden könnte. Der erste Mordgeselle, der verkommene Klempnergeselle Hödel, der sozialdemokratische Zeitungen vertrieb, feuerte auf den Kaiser am 11. Mai 1878 aus einem Revolver mehrere Schüsse ab, ohne aber zu treffen; Hödel büßte später seine Tat, dem Strafgesetz gemäß, auf dem Blutgerüst. Aber am 2. Juni wiederholte sich der Mordversuch, und diesmal mit besserem Erfolg. Ein Dr. Nobiling aus Posen, also ein Mann von akademischer Bildung, schoß an jenem Tag aus dem Fenster eines Hauses Unter den Linden aus einem mit Rehposten geladenen Doppelgewehr zwei Schüsse auf den Kaiser ab, der an Kopf, Hals und Armen etliche 30 Wunden empfing und blutüberströmt auf seinen Wagensitz zurücksank. Nobiling brachte sich darauf durch einen Revolverschuß in den Kopf eine tödliche Wunde bei, an der er, ohne eigentlich vernehmungsfähig gewesen zu sein, nach einigen Tagen starb, so daß seine Beweggründe nicht ermittelt werden konnten; die wenigen Worte, die er auf die Fragen des Richters antwortete, schufen kein volles Licht. Die Tat selbst aber und ihr zeitlicher Zusammenhang mit der Hödels weisen zweifellos auf dieselbe Quelle hin.

Soweit die Geschichte der neuesten Zeit! Hätte sich der Herr Oberstudienrat nur die Mühe gegeben, bei dem jüngsten Lehrling, der etwa einige Monate einer freien Jugendorganisation angehört, Auskunft einzuholen, so wäre er dahin belehrt worden, daß Hödel mit der Sozialdemokratie nicht viel mehr zu tun gehabt hat als Herr Gottlob Egelhaaf selber; daß er sie nämlich verleumdet hat. Zwar fand man bei Hödel, einem erblich belasteten und vollkommen degenerierten Syphilitiker von zwanzig Jahren, bei der Verhaftung sozialdemokratische Flugblätter und die Mitgliedskarte eines sozialdemokratischen Arbeitervereins, aber gleichzeitig auch christlichsoziale Flugblätter und einen Ausweis über seine Zugehörigkeit zur christlichsozialen Partei, der Neugründung des Hofpredigers Stöcker, und bald waren auch seine Beziehungen zur Sozialdemokratie klargestellt. In Leipzig hatte er versucht, sich an die Sozialdemokratie heranzumachen, wurde aber am 14. März 1878 in aller Form aus der Partei ausgeschlossen, und zwar weil er gegen bare Zahlung einer nationalliberalen Leipziger Ortsgröße sozialdemokratische Parteigeheimnisse" verraten hatte. Am 15. März 1878 veröffentlichte das nationalliberale Leipziger Tageblatt auch ein Eingesandt von Hödel, das im Stile des „reichstreuen Arbeiters" die Sozialdemokratie verunglimpfte und flugs durch die ganze Ordnungspresse die Runde machte. Am 5. April 1878 warnte dann das Leipziger sozialdemokratische Parteiblatt vor Hödel, der unbefugt Abonnementsgelder einkassiere, also Betrügereien verübe. Dann hatte er bei den Anarchisten eine Gastrolle gegeben, einen Versuch gemacht, in Berlin sich wieder bei der Sozialdemokratie einzuschleichen, der aber derb abgewiesen worden war, und schließlich die letzten Tage vor dem Attentat für Stöckers christlichsoziale Partei Flugblätter ausgetragen, wenngleich es nicht angeht, diesen zum größten Teil pathologischen Menschen, dem das „Attentat" wahrscheinlich nur eine Komödie war, um von sich reden zu machen, den Stöckerianern wie überhaupt einer politischen Partei an die Rockschöße zu hängen.

Und ebenso steht es mit der verlorenen Existenz aus der besitzenden Klasse, dem Dr. Nobiling, der, gleichfalls Syphilitiker und ein Mensch, der im Leben nichts mehr zu gewinnen und nichts mehr zu verlieren hatte, mit den Schüssen auf Wilhelm I. allem Anschein nach nur einen herostratisch krankhaften Ehrgeiz befriedigen wollte: es sollte ein Selbstmord sein, der in allen fünf Erdteilen widerhallte. Wenn der ihn nach der Tat behandelnde Sanitätsrat Dr. Lewin in einem Privatbrief als Aeußerung Nobilings mitteilte, er habe „den sich seiner Ansicht nach zum Schaden des Volkes seitenlassenden Kaiser erschießen wollen, weil er glaubte, der Kronprinz würde „selbständiger und unbeeinflußter regieren", so beweist das nur die vollkommene Konfusion des Attentäters. Auch von Nobiling haben Leute, die es wissen mußten, behauptet, daß er Mitglied der christlichsozialen Partei gewesen sei, aber auch für ihn eine politische Partei verantwortlich zu machen, wäre ebenso töricht wie boshaft. Der Versuch Bismarcks, unmittelbar nach dem Attentat Beziehungen Nobilings zur Sozialdemokratie zu konstruieren, wurde so kläglich als freche Fälschung entlarvt, daß man sich wundern muß, wenn Herr Dr. Gottlob Egelhaaf ihn nach dreißig Jahren mit unzureichenden Mitteln wiederholt. Allerdings erledigt Herr Egelhaaf damit niemand anders als sich selber.

Aber es gibt auch Geschichtslegenden, die kürzere Beine haben, und das muß Herr Egelhaaf am eigenen Leibe und am eigenen Buche erfahren. Auf Seite 429 schreibt er — wie man sieht, ist er höchst aktuell —:

Im Januar 1908 gelangte ein skandalöser Rechtshandel zum Austrag. Der Herausgeber der Berliner Wochenschrift Die Zukunft, Maximilian Harden (eigentlich Isidor Witkowski), hatte den früheren Botschafter in Wien, Fürsten Philipp Eulenburg, und den Stadtkommandanten von Berlin, Grafen Kuno Moltke, 1. der Zugehörigkeit zu einer den Kaiser umlagernden gemeinschädlichen Kamarilla („Liebenberger Tafelrunde") und 2. homosexueller Unzucht beschuldigt. **Der zweimal verhandelte Prozeß führte aber zur glänzenden Ehrenrettung der beiden Beschuldigten.**

Heute kann man sich nicht ohne einen tiefen und reinen Genuß das Gesicht vorstellen, mit dem der Herr Oberstudienrat Tag für Tag die Zeitungsblätter hinter den Spiegel steckt, in denen zu lesen steht, daß der Päderast Fürst Philipp Eulenburg gesundheitlich bald soweit bei Kräften sein wird, um unter dem dringenden Verdacht des Meineids die Ueberführung in das Untersuchungsgefängnis zu vertragen.

Ueber die Erhöhung der Zivilliste des Königs von Preußen

sind nunmehr, nach Mitteilung einer Berliner Korrespondenz, Besprechungen zwischen dem Oberhofmarschallamt und dem Ministerium des Innern eingeleitet worden. Es heißt, daß der Kaiser eine Erhöhung der Apanage für sich und seine Familie nicht wünscht. Die Steigerung der Kosten der Lebensführung machen sich aber auch im kaiserlichen Haushalt und bei der gesamten Hofhaltung bemerkbar, so daß man angeregt hat, die Gehälter aller Beamten, die von der Krone besoldet werden, zu erhöhen; es kommen hauptsächlich die Bediensten und die Verwaltungsbeamten sowie die Beamten der Hofbehörden in Betracht. Zurzeit erhält der König von Preußen eine Apanage von 15 719 296 M. Für den Fall, so wird weiter mitgeteilt, daß eine Erhöhung der Zivilliste beantragt wird, dürfte die Erhöhung nur einen solchen Grad erreichen, der ausreicht, die beabsichtigte Gehälteraufbesserung aller Hofbeamten zu decken. Es läßt sich nicht sagen, wie hoch diese Summe sein kann, doch dürfte eine Erhöhung der Zivilliste über 17 Millionen Mark insgesamt nicht eintreten.

Als der Kaiser zur Regierung kam, betrug seine Apanage 12½ Million. Kaiser Wilhelm I. bezog bis 1868 9 200 000 M., die preußischen Könige vor 1860 bezogen 7 700 000 M.

Es ist zu erinnern, daß die Summe von 15½ Millionen keineswegs das ganze Jahreseinkommen ausmacht. Es kommen die sehr großen Einnahmen aus privatem Besitz hinzu, ohne die natürlich der kostspielige Haushalt des Königs von Preußen ganz und gar nicht bestritten werden könnte.

* * *

Reichsdotation für den Kaiser!

Die Berliner Zeitung am Mittag bringt folgende bemerkenswerte Mitteilungen:

In dieser Periode, die zwar nicht den Charakter einer akuten Krisis, aber die nicht minder beunruhigenden Merkmale einer beginnenden chronischen Depression trägt, erhalten wir aus unanfechtbarer Quelle die Mitteilung, daß beabsichtigt wird, dem Kaiser im Herbst eine Reichsdotation von zehn bis zwölf Millionen Mark zuzuwenden. Wir sind darauf gefaßt, daß diese Nachricht dementiert wird, erklären aber schon heute, daß dieses Dementi uns nicht anficht. Es gibt eben Situationen, in denen dementiert werden muß, auch wenn die Nachricht wahr ist. Man frage irgendeinen Minister unter vier Augen, am besten einen Herrn v. Rheinbaben. Das Projekt ist übrigens keineswegs neu; am hartnäckigsten hat sich ihm Graf Posadowsky widersetzt, jetzt aber sind alle Schwierigkeiten beseitigt, und der Block soll nun auch auf diesem Gebiet fruchtbare Arbeit verrichten. Wir hoffen, daß die Presse sich zur Sache äußern und daß die Regierung aus diesen Aeußerungen die Undurchführbarkeit eines derartigen Versuches erkennen wird.

Aber die wirtschaftliche Lage nötigt zur strengsten Sparsamkeit und jede Ausgabe, die nicht unabweisbar ist, muß unterbleiben. Diese Ausgabe ist überflüssig. Jedem Bürger, der mit seinen Einnahmen nicht auskommt, gibt der oder jener gute Freund achselzuckend den Rat: schränken Sie sich ein! Dieser Rat würde auch dem Kaiser erteilt werden, wenn Fürst Bülow den Reichstag ernstlich mit dem sonderbaren Gedanken befassen wollte. Wir befürchten, daß die Kritik, die sich in den breitesten Schichten der Bevölkerung an eine derartige Vorlage knüpfen würde, sicherlich geeignet wäre, den monarchischen Gedanken zu stärken und die „Reichsverdrossenheit" zu mindern.

Selbstverständlich wird es auch diesem Plane nicht an Sachwaltern fehlen. Es wird darauf hingewiesen werden, daß der Kaiser in seiner Eigenschaft als Oberhaupt des Reiches repräsentieren müsse und daß es billig sei, ihm die Kosten zu vergüten. Aber dieses Argument wird nicht durchschlagen. Der Bürger wird es nicht verstehen, daß ein König mit einer Zivilliste von 15½ Millionen nicht auskommen kann und noch eines Zuschusses bedarf.

Auch eine heftige Debatte über die persönliche Politik des Kaisers konnte nicht ausbleiben. Die „Gutgesinnten" werden sagen, es sei die Pflicht der Dankbarkeit, dem Monarchen die Dotation zu bewilligen; die „Mosler" werden das Gegenteil zu erweisen suchen. Was bei dem Streit herauskommen kann, ist nur eine Vermehrung der Majestätsbeleidigungsprozesse. Wirklich, es ginge wohl, aber es geht nicht. Wer ruhig erteilt und aufrichtig spricht, wird sagen: es ist unmöglich. Laßt die Vorlage im Schubfach: die kann nur Schaden stiften, und wenn sie bewilligt würde, so würde es deshalb geschehen, weil doch jede Partei hofft, den Kaiser früher oder später als Hospitanten in ihren Reihen zu sehen, nicht aber, weil das deutsche Volk freudigen Herzens dem Monarchen eine Gabe darbringen möchte.

Politische Uebersicht.

Bayern und die Schiffahrtsabgaben.

Aus München wird berichtet: Aus Anlaß der Jahresversammlung des bayrischen Kanalvereins fand ein Festmahl statt, wobei Prinz Ludwig einen Trinkspruch auf den Kanalverein ausbrachte. Er berührte eine Reihe verschiedener Kanalfragen, darunter auch den Staatsvertrag zwischen Bayern und Preußen über die Fortführung der Mainkanalisation und die Frage der Schiffahrtsabgaben. Der preußische Minister für öffentliche Arbeiten habe, so führte er aus, den Gedanken ausgesprochen, daß die Schiffahrtsabgaben durch gemeinschaftliche Kommissionen für den zukünftigen Ausbau der natürlichen Wasserstraßen verwendet werden sollen. Wenn die Gelder, die durch die Abgaben hereinkommen, für das ganze Flußgebiet verwendet werden sollen, so kann man sich mit Schiffahrtsabgaben einverstanden erklären. Er verweise auf den Rhein. Es würde dann auf dem linken Rheinufer die Kanalisation der Mosel mit ihrem Nebenflusse, der Saar, erfolgen können, die deshalb große Bedeutung hat, weil sie das Kohlen- und das Eisengebiet in nahe Berührung bringt, und am rechten Rheinufer, von oben angefangen, den Neckar hinauf bis Eßlingen, aber jedenfalls bis Cannstatt, und dann den Main hinauf bis zum Einfluß der Regnitz. Wenn das alles auf gemeinschaftliche Kosten erfolgt und kanalisiert wird, dann könne man jedenfalls recht zufrieden sein. Bayern habe sich mit der Einführung von Schiffahrtsabgaben einzutreten.

Bayern ist also nach diesen Aeußerungen bereit, die Einführung der Schiffahrtsabgaben eifrig zu unterstützen, wofern die Einnahmen nicht Preußen zugute kommen, sondern dem Ausbau des ganzen deutschen Kanalwesens. Jedoch ist nicht einzusehen, weshalb der Ausbau des Kanalwesens nicht erfolgen kann ohne eine besondere Belastung der Schiffahrt. Für derartige große Kultur- und Verkehrsaufgaben hat ja aber das Deutsche Reich keine Mittel zur Verfügung.

Die Wahlen in Belgien.

Am letzten Sonntag fanden in Belgien Wahlen statt, durch die von 166 Mitgliedern der Kammer 81 für die Zeit von vier Jahren neu zu wählen waren. Unter den ausscheidenden Deputierten befanden sich 39 Katholiken, 19 Sozialisten, 22 Liberale und 1 Dissident (Christl. Demokrat). Die Wahlen fanden vorwiegend in den wallonischen Landesteilen statt; gewählt wurde in den Provinzen Ostflandern, Hennegau, Lüttich und Limburg.

In diesen Bezirken erhielten bei den letzten Wahlen im Jahre 1904 unsere Genossen etwa 302 000, die Liberalen 264 000 und die Katholiken 567 000 Stimmen. Unter den ausscheidenden und wiederkandidierenden Abgeordneten befanden sich die Genossen Anseele (Gent), Vroner, Pepin, Maroille, Destrée und Calewaert aus den Kohlengebieten von Mons und Charleroi, Tenis und Demblon für Lüttich. Von den Katholiken befanden sich unter den neuzuwählenden auch der Staatsminister Woeste, der Obermacher und mächtige Drahtzieher der